

Martin Knispel · Norbert Schäfer

Mit einem Vorwort von Dr. Frank-Walter Steinmeier

BERLINER
GESPRÄCHE

Politiker über Glauben, Werte
und Verantwortung



INHALT

Vorwort von Dr. Frank-Walter Steinmeier.....	7
Einführung.....	11
Wolfgang Thierse.....	16
Friedrich Ostendorff.....	28
Katrin Göring-Eckardt.....	38
Bodo Ramelow	46
Frank Heinrich.....	58
Thomas Rachel	70
Steffen Bilger.....	80
Franz Josef Jung.....	92
Dietmar Nietan.....	104
Volker Beck	116
Josip Juratovic	130
Gregor Gysi.....	140
Volkmar Klein.....	146
Albert Helmut Weiler.....	156
Margaret Horb.....	166



Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Frank-Walter Steinmeier

VORWORT

»Hier stehe ich und kann nicht anders ...«, soll Martin Luther gesagt haben, als er seine frühen Schriften vor dem Kaiser in Worms widerrufen sollte. Sein Gewissen und sein Verständnis der Heiligen Schrift geboten es ihm, sich dem Druck der damaligen Autoritäten zu widersetzen und Verantwortung wahrzunehmen.

Der Bezug auf meinen Glauben und die Reformation sind mir auch in meiner Arbeit als Außenminister wichtig. Was das in der Praxis heißt und warum ich in gewisser Weise »mit Luther« Außenpolitik mache, zeigen vielleicht diese drei Beispiele ganz gut:

Mein Amt bringt mit sich, dass ich nahezu täglich Verhandlungen mit schwierigen Partnern führen muss, und nicht selten sind die Krisen dieser Welt Anlass dafür. Es kommt vor, dass ich mit den Überzeugungen und der Politik meiner Gesprächspartner ganz und gar nicht übereinstimme. Aber wäre es nicht verantwortungslos, sich nicht in diese Gespräche zu begeben – insbesondere gegenüber den Menschen, die am meisten unter diesen Krisen leiden? Man sagt Luther den Satz mit dem Apfelbaum nach, den er pflanzen wolle, auch wenn morgen die Welt zugrunde ginge. Dieser Satz ist mir eine moralische wie gedankliche Stütze – und ein Ansporn weiterzumachen.

Die Fragen nach der Ordnung in einer Gesellschaft und zwischen

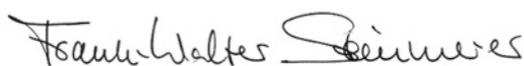
Gesellschaften hat mich in meinem Lebenschonfrüh beschäftigt. »Eure Ordnung ist unsere Unordnung«, in diesem Ghandi-Zitat steckt viel Wahres. Oft hat westliche Politik gerade nicht dazu beigetragen, Menschenrechte in einer bestehenden Ordnung zu etablieren. Offene Kritik, die bewusst kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Gesellschaft – das ist ebenfalls ein ganz reformatorischer Gedanke. Freilich einer, der bei Luther eher zu wenig ausgeprägt war und für den vielmehr Melanchthon oder Erasmus von Rotterdam und die großen reformatorischen Vordenker der Aufklärung stehen, von Thomasius über Kant bis hin zu Habermas heute.

Auf meiner ersten Reise nach Frankreich in einem Citroën 2CV habe ich viel über Europa gelernt. Damals habe ich Europa zu meinem Leitstern gemacht. Deutschland und Frankreich waren Erbfeinde, sind nun aber engste Partner. Daraus dürfen wir Mut schöpfen, müssen uns aber auch realistisch die langen Zeitspannen vor Augen führen, die wir in der Außenpolitik für politische, kulturelle und gesellschaftliche Integration benötigen. Gemeinsamkeiten, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland heute bestehen, haben sich aber nicht nur durch politische Prozesse entwickelt, sondern vor allem über den kulturellen Austausch.

Meine Arbeit beruht auf dem Grundgedanken, dass Deutschland gerade angesichts der schwarzen Stunden seiner Geschichte eine Außenpolitik zu verfolgen hat, in der wir durch Verständigung gestalten und nicht durch Macht oder Gewalt. Es ist ganz offensichtlich, dass mich auch hierbei die Reformation begleitet und anleitet. Denn ich bin aus tiefstem Herzen davon überzeugt, dass unsere Freiheit eine Freiheit zu etwas ist. Eine Freiheit, die es uns erlaubt, Verantwortung zu übernehmen. Eine Freiheit, die uns auffordert, zu einer besseren Welt beizutragen. Carolin Emcke hat das in ihrer großen und kämpferischen Rede anlässlich der

Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels aus einem anderen Blickwinkel so formuliert: »Freiheit ist nichts, das man besitzt, sondern etwas, das man tut.«

Auch in diesem Band sind kritische Stimmen versammelt, die aus ihren Wertvorstellungen und aus ihrem Glauben heraus ihre Stimme erheben und Partei ergreifen, die aus ihrer Freiheit heraus gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen. Mit der Reformation ging auch eine neue, eine gewachsene Verantwortung einher – für uns selbst, aber auch für die Welt, in der wir leben. Es ist an uns, diese Verantwortung anzunehmen.

The image shows a handwritten signature in black ink that reads "Frank-Walter Steinmeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

Frank-Walter Steinmeier, geboren 1958 in Detmold, studierte Rechtswissenschaften und arbeitete zunächst einige Jahre als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Gießen, bevor er Anfang der 1990er-Jahre in die Politik wechselte.

In der niedersächsischen Landesregierung leitete er das Büro von Gerhard Schröder und war Chef der Staatskanzlei. Nach dem Regierungswechsel im Bund 1998 wurde er Staatssekretär, bald darauf auch Chef des Bundeskanzleramts. Wichtige rot-grüne Reformprojekte wie der Atomausstieg und die Agenda 2010 liefen bei ihm zusammen.

In der Großen Koalition ab 2005 war er Bundesminister des Auswärtigen, ab 2007 auch Vizekanzler. Von 2009 bis 2013 führte er die SPD-Fraktion und war Oppositionsführer im Bundestag, bis er im Dezember 2013 als Minister ins Auswärtige Amt zurückkehrte.

EINFÜHRUNG

Wir stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Einerseits beschert eine stabile Wirtschaft hier vielen Menschen Wohlstand. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie lange nicht. Deutschland ist ein Wohlstandsland. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend auseinandergeht. Dennoch, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die meisten Menschen in Deutschland noch erträglich abgesichert. Von unseren Sozialstandards können weltweit andere Gesellschaften nur träumen.

Andererseits ist eine zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung erkennbar. Wer soll bei sinkenden Kinderzahlen und schrumpfender Bevölkerung einmal für die Renten aufkommen? Wie sollen wir in unserem Land mit Einwanderung umgehen? Können wir in Europa weiter in Frieden leben? Der Blick über die Republik hinaus macht uns deutlich, dass unsere Situation eher einem dauerhaften Ausnahmezustand gleicht. Zeitungen und Nachrichten zeichnen ein düsteres Bild: Europa ist zerrissen und in der Krise. Die südeuropäischen Länder befinden sich in tiefen wirtschaftlichen Zerwürfnissen. Das Ringen um die Forderung nach harten Sparkursen und tief greifenden sozialen Reformen auf der einen Seite und der Appell nach mehr Solidarität auf

der anderen Seite haben Europa erstarren lassen. Europa, das hat der Bürgerkrieg in Syrien und der daraus hervorgehende Flüchtlingsstrom gezeigt, hat keine gemeinsame und damit belastbare Einwanderungspolitik. Beim Gezerre um Flüchtlingsquoten, Finanzhilfen und Subventionen drohen die gemeinsamen Werte nationalen Interessen zu unterliegen. Krisenmodus im Dauerzustand.

Auch aus dem bejubelten »arabischen Frühling« ist mittlerweile ein kühler, unfreundlicher Herbst geworden. Hunderttausende Menschen fliehen aus ihrer Heimat vor Krieg und Unterdrückung, Not und Verfolgung. Die historisch verwurzelte christliche Bevölkerung wird im gesamten arabischen Raum flächendeckend verdrängt oder zerrieben. Dschihadisten des IS ängstigen die alte Welt mit Terroranschlägen. Der islamistische Terror hat Europa erreicht. Wir sehen, wie vor unseren Augen einst stabile Staaten zerfallen, und akzeptieren, dass Diktaturen das kleinere Übel sind im Vergleich zu den »failed states« – Ländern, in denen Chaos und Gewaltherrschen, Bildung und Gesundheitswesen zusammengebrochen sind und Terroristen ein willkommenes Rekrutierungsfeld für ihre Anhänger gefunden haben.

Die politische Roadmap Europas erinnert an *Alice im Wunderland*. Darin kommt Alice zu einer Weggabelung und sieht eine grinsende Katze in einem Baum sitzen. »Welchen Weg soll ich nehmen?«, fragte das Mädchen. – »Wo willst du denn hin?«, antwortete die Katze mit einer Gegenfrage. – »Ich weiß es nicht«, erwidert Alice. – »Dann«, sagte die Katze, »spielt es auch keine Rolle, wohin du gehst.«

Wohin gehen wir? Woher bekommen wir in unsicheren Zeiten Orientierung, die uns einen Weg in die Zukunft weisen könnte? Welche Werte prägen unsere Gesellschaft oder noch grundsätzlicher gefragt: Gibt es noch eine tragfähige Grundlage, auf die wir

uns verlassen können und die uns auch Antworten auf Fragen der Zukunft zu geben vermag?

Die Geschichte des modernen Europa ruht auf drei antiken Säulen: der griechischen Philosophie, dem römischen Recht und der christlichen Tradition. Die Griechen haben uns ein demokratisches Grundverständnis mitgegeben, das dem Bürger viele Rechte, Freiheiten und auch die Verpflichtung gibt, die Gesellschaft mitzugestalten. Das römische Rechtsverständnis hat in Europa dazu geführt, dass wir in Strukturen leben, die ein geordnetes und freies Leben in mitten eines verlässlichen Rechtssystems ermöglichen. Dem Christentum verdanken wir eine Ethik, die dem Einzelnen die Verantwortung für seine Mitgeschöpfe, seinen Nächsten, auferlegt. Die geistigen Urheber des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland haben das erkannt und in der Präambel festgehalten:

»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.«

Die Nächstenliebe ist eine dauerhafte Verpflichtung und ein Auftrag für unsere gesamte Gesellschaft, auch wenn die Kirchen, und damit das Christentum als Bewegung, zunehmend an Bedeutung verlieren.

Einzelne Bürger fragen weniger grundsätzlich, sondern möchten pragmatische Antworten, die ihnen helfen, den Alltag zu bewältigen. Sie suchen Antwort auf die Fragen, die die Tagesschau unbeantwortet lässt. Sie suchen Orientierung. Damit rücken die Entscheidungsträger in Politik und Zivilgesellschaft in den Fokus

des Interesses. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, welche Normen, Werte und Ideen für das gute Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft uns in Zukunft tragen sollen und wie die Politik jenseits des Alltagsgeschäftes darüber denkt.

Dieses Buch stellt deutsche Politikerinnen und Politiker vor, die über unterschiedliche politische Grundauffassungen hinweg eines verbindet: Sie anerkennen die Bedeutung eines ethischen Werteverständnisses, das sich aus den christlich-abendländischen Wurzeln speist. Im Gespräch offenbaren sie, welcher Kompass ihrem Handeln zugrundeliegt. Sie geben Einblick in ihre politischen Überzeugungen und über ihr Verständnis von christlichen Werten. Wir haben ihnen Fragen gestellt und sie haben uns geantwortet. Gelegentlich hat uns ihre Offenheit verblüfft. Aus manchem Gespräch gingen wir als Beschenkte.

Immer wieder hören wir bei unseren Tätigkeiten die Vorbehalte und Urteile über Politiker, die oft mit dem Satz beginnen: »Die in Berlin ...« Nicht wenige der Vorwürfe dieser Art mögen unbegründet sein. Das Parlament stellt einen Querschnitt der Bevölkerung dar und ist womöglich keine Versammlung von Heiligen. Dennoch wird von Mandatsträgern erwartet, dass sie Vorbilder sind. Wir meinen, zu Recht.

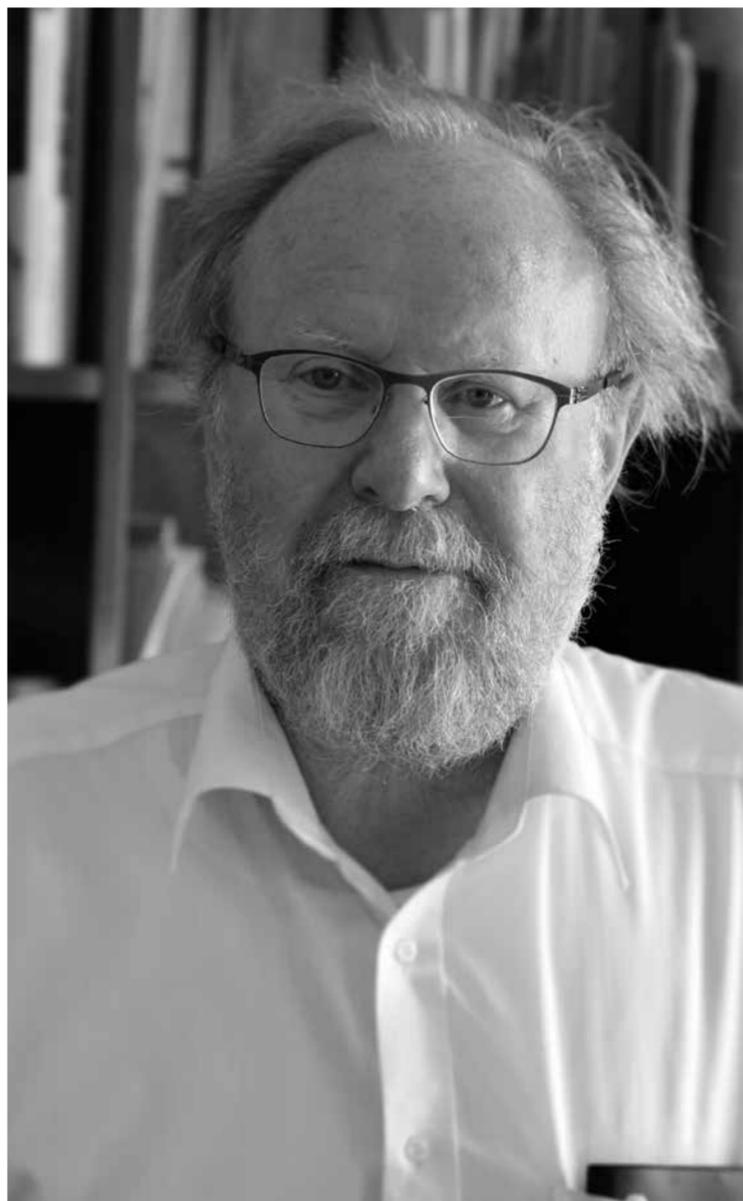
Wir haben bei unseren Gesprächen und Begegnungen die Entdeckung gemacht, dass sich viele Verantwortungsträger intensiv Gedanken machen, die über den politischen Alltag hinausgehen. Wir haben Abgeordnete getroffen, die nicht nur extrem viel arbeiten und gewissenhaft ihrem Auftrag nachgehen, sondern die bewusst dem Gemeinwohl dienen, dabei aber auch um ihre Grenzen im politischen Alltag wissen. Etliche haben glaubhaft zum Ausdruck gebracht, dass sie unter den oft sehr kleinteiligen Kompromissen demokratischer Abläufe leiden.

Wir sind Menschen begegnet, die viel suchender sind, als sie

sich in der Öffentlichkeit darstellen dürfen. Dabei trafen wir auf engagierte Christen aus dem parlamentarischen Gebetskreis, auf bekannte »Promis«, die regelmäßig Gottesdienste besuchen, ohne das bekannt zu machen, und auf Politiker, die persönlich dem christlichen Glauben fernstehen, aber dennoch für die ethischen Grundlagen unseres christlich-jüdischen Erbes dankbar sind. Alle Gesprächspartner hatten eines gemeinsam: die Suchen nach tragfähigen Antworten, die Bestand haben.

Die persönliche Begegnung mit Politikern hat uns aber vor allem eines gezeigt: Jenseits der öffentlichen Auseinandersetzungen, abseits der Rednerpulte, der Fernsehkameras und Mikrofone bleiben Politiker Menschen. Menschen mit Gaben, aber auch mit Schwächen. Am Ende ist für uns eines geblieben: Engagierte Politiker, gleich welcher Partei, die sich um das gute Zusammenleben in unserer Gesellschafternsthaftmühen, verdienen unsere Achtung.

*Martin Knispel und Norbert Schäfer
im Oktober 2016*



WOLFGANG THIERSE

Wolfgang Thierse, geboren 1943, ist Germanist und Kulturwissenschaftler. Von 1990 bis 2013 war der SPD-Politiker Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2005 fungierte er als Präsident des Deutschen Bundestages, bis 2013 als dessen Vizepräsident. Der Vater von zwei Kindern ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Sprecher des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD. Thierse ist Schirmherr der Amadeu Antonio Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzt.

DAS GESPRÄCH

Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, hat nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag sein Büro im Shadowhaus in Berlin Mitte. Das Gebäude, im Stil des Klassizismus erbaut, liegt in einer Querstraße zum Prachtboulevard *Unter den Linden*, wenige Minuten Fußweg vom Brandenburger Tor entfernt im Herzen von Berlin. Das wunderschön restaurierte herrschaftliche Haus war einst ein Geschenk des preußischen Königs an Johann Gottfried Schadow, dessen berühmtestes Werk die Quadriga auf dem Brandenburger Tor ist.

Der SPD-Politiker empfängt uns an dem heißen Sommertag in legerem Outfit im ersten Stock des Hauses. Thierse trägt ein weißes Hemd, den obersten Knopf hat er geöffnet, die Ärmel locker umgeschlagen. Aus der Brusttasche des Hemdes lugt eine einfache Taschenkalender mit dem Emblem des Bundestages. Begeistert führt uns der Hausherr durch das Geschoss, erklärt die Wandfresken und verweist auf Details der Restaurationsarbeiten. Thiersees Büro ist in schlichter Eleganz eingerichtet. Keine Spur von Pomp. Eine funktionale Sitzgruppe aus schwarzem Leder, ein ausladender Schreibtisch mit geordneten Unterlagen, eine Pflanze, feine Kunstgegenstände. Die Wände sind von Bücherregalen gesäumt, die unter der Last doppelreihig aufgestellter Bücher rächzen wie die alten Bodendielen. Ein Konterfei des ehemaligen Parteivorsitzenden Willy Brandt, ein Porträt aus dem Atelier von Andy Warhol, wacht über dem Geschehen in dem Raum. Die Atmosphäre in der Politikerwerkstatt ist entspannt und freundlich. Alles atmet hier Wissen, Geschichte, Bildung. Und immer noch viel Arbeit. Das Revier von Wolfgang Thierse, dem »homo politicus«, der Politik mit Leidenschaft lebt und zelebriert.

in Glas Latte macchiato begleitet das Gespräch, das wir mit dem Satz eröffnen: Wir leben heute in einer säkularen Gesellschaft.

Davon will Thierse nichts wissen. »Nein – vielmehr leben wir in einer pluralistischen Gesellschaft, in der ohne Zweifel Christen nicht mehr die Dominanz beanspruchen können, sondern wo Weltanschauungen, und dazu gehören nach meiner Ansicht auch Atheismus und Agnostizismus, gleichberechtigt nebeneinander stehen. In dieser modernen Gesellschaft leben die Christen und

sind Teil von ihr. Sie stehen nicht außerhalb, aber auch nicht über den anderen. Das bedeutet auch, dass sie sich am Streit in der Gesellschaft beteiligen müssen. Das ist ihre Pflicht, nicht als die Dozierenden oder Kommandierenden oder Belehrenden, aber die sich mit Verstand und Intelligenz und Selbstbewusstsein beteiligen sollen«, erklärt er und appelliert: »Schauen wir also bitte genau hin, wenn wir von Säkularismus sprechen.«

Der ehemalige Bundestagspräsident holt dann weit aus. Die Präambel des Grundgesetzes, in der von der Verantwortung vor Gott und den Menschen die Rede ist, sei auch für Agnostiker und Atheisten erträglich. »Damit ist ja gemeint, dass Politik eben keinen Absolutheitsanspruch erheben darf. Es gibt jenseits von Politik noch etwas anderes, das Christen mit Gott identifizieren, anderemöglicherweise mit einem höheren Sittengesetz oder einem anderen Absoluten, das die Politik selbst relativiert.«

Thierse ist das auch biografisch wichtig, weil er im kommunistischen Teil Deutschlands aufgewachsen ist, wo Politik und SED eben absolut gesetzt und keine Instanz mehr zugelassen wurde, die die Politik relativierte.

Als Bundestagspräsident, so führt er aus, übernahm er schließlich ein Leitungsamt und damit eine herausgehobene Verantwortung als zweiter Mann im Staat nach dem Bundespräsidenten. Aber, und auch das überrascht, die Verantwortung gilt aus seiner Sicht für einen christlich geprägten Politiker nicht anders als für einen Politiker ohne Glauben. »Alle nehmen Verantwortung für das Gemeinwesen und für das Wohl des Menschen wahr. Aber Christen kennen eine wichtige Unterscheidung. Sie sind verantwortlich für das Wohl und nicht für das Heil der Menschen. Und dieser Unterschied ist wichtig«, sagt Thierse. Denn wenn die Politik in diesen letzteren Bereich eingreifen würde, also in das innere Sehnen und Wünschen des Menschen, dann übernehme

sie sich und würde gefährlich, würde sogar autoritär, wie das auf gänzlich unterschiedliche Art und Weise das Nazireich und die kommunistische Welt diktatur gewesen seien. Christliche Politiker wollen nicht in jede Facette des Lebens von Personen eingreifen und dirigieren, sondern sie übernehmen Verantwortung für das Wohl und für soziale Gerechtigkeit der Menschen. »Christliche Politiker haben aber auch ein besonderes Bewusstsein von der Relativität und Begrenztheit ihres Tuns«, bekennt Thierse.

Wir werfen ein, dass es im politischen Alltag aber auch unter christlichen Politikern manchmal ganz schön zur Sache geht.

»Das finde ich nicht sonderlich schlimm. Streit gehört eben zur Demokratie, und wer das beklagt, hat Demokratie nicht begriffen. Nur in einer Diktatur gibt es Friedhofsruhe.« Aber als Christ wünscht er sich schon, dass dieser Streit nach Regeln der Fairness abläuft und dass man nicht das Gegenüber als Menschen verletzt.

Das Gespräch nimmt nun eine ganz unerwartete Wendung. Der Politiker wird persönlich und erzählt ganz ruhig, wie es ihm in einer schweren Entscheidung gegangen ist:

In der Spendenaffäre der CDU war er 1999 durch sein Amt gesetzlich dazu verpflichtet, den Verstoß gegen das Parteiengesetz und gegen die Verfassung zu ahnden. Die CDU hatte sich unter der Führung von Helmut Kohl schuldig gemacht, indem sie illegal Spenden angenommen hatte. Er musste als Präsident des Bundestages handeln, ob er wollte oder nicht. Er habe sich dann intensiv beraten lassen und schließlich eine Entscheidung getroffen. Dass die Strafzahlung den Kollegen der CDU nicht gefallen würde, war für ihn verständlich. »Verletzend wurden dann aber

persönliche Angriffe, in denen meine Glaubwürdigkeit infrage gestellt wurde.«

Man spürt im Gespräch, der Thierse ist noch heute betroffen von dem, was er damals erlebte. »Man hat gegen mich geklagt und in allen Instanzen habe ich dann gegen die CDU vor Gericht recht erhalten. Das alles hat mich schon verletzt. Kritik hat man immer hinzunehmen, aber als Person darf man nicht in dieser Weise diskreditiert werden.« Sein Fazit fällt deshalb ernüchternd aus:

»Ich habe die Erfahrung gemacht, dass christliche Politiker leider nicht fairer oder sanfter mit anderen umgehen. In der Sache soll man hart und auch polemisch argumentieren, es darf aber nicht verletzend und herabwertend werden.« So viel zu den Schattenseiten des politischen Alltags.

Und doch sei der Glaube, auf den man sich in solch einer Situation zurückziehen könne, für ihn eine große Hilfe. Dazu kommt die Familie. Und der Freundeskreis, in dem man aufgehoben ist. Und die Überzeugung, dass Politik nicht alles ist. Er sei aufgrund seiner ostdeutschen Vergangenheit ja erst mit 47 Jahren Politiker geworden und empfinde das heute noch als Glück. »Ich war vorher schon ich selbst, ich kannte ein Leben außerhalb der Politik und konnte deshalb nicht so schnell aus den Latschen kippen.«

Aber die eine Überzeugung bleibt, nämlich ein letztes Vertrauen darauf zu haben, dass nicht die eigene Wichtigkeit entscheidend ist.

Angesprochen auf seine politische Biografie, erzählt Thierse von seinem Elternhaus und der DDR:

Von Kindesbeinen an sei er von seinen Eltern, besonders dem Vater, politisiert worden. »Mein Vater war ein politisch denkender Mensch, der unter der Begrenzungs- und Unfreiheits erfahrung

der DDR gelitten hat.« Schon als Kind fing er an zu fragen: Warum ist das so? Wie kann man das ändern? Mit wem zusammen? Das wurden für ihn später die drei wichtigsten politischen Fragen. Dazu kam die Minderheitserfahrung, weil er mit dem System im Osten nicht einverstanden war, indem zulebenergezwungen war.

»Das musste mich ja politisch machen! Aber ich habe in der DDR selber nie eine Gelegenheit gesehen, im öffentlichen Sinne politisch zu werden, indem ich etwa in die SED oder die Blockpartei CDU eintrat. Denn ich wusste immer, dass man in der DDR – einem unfreien und engen Land, in einem Land des Mangels – nicht selbstbestimmt Politik machen kann.«

Aus diesen biografischen Einsichten formte sich dann auch eine Bibelstelle, die ihm unter anderen Texten besonders viel bedeutet. Es ist die Rede Jesu von den Lilien auf dem Felde und den Vögeln im Himmel.

»Ich verstehe sie als eine wunderbare Einladung zu einer letzten Gelassenheit und eine Befreiung von Selbstüberschätzung und Selbstüberforderung. Das sind ja die beiden Gefahren, denen Politiker ausgesetzt sind. Für alles zuständig zu sein, alles lösen zu können. Das ist eine Überforderung. Wenn man sich nicht immer wieder davon freimachen kann, endet man entweder im Zynismus oder im Alkoholismus. Eines ist mir in der Politik immer wichtig gewesen: dass mich etwas anderes trägt. Ich warniesovollständig auf die Zustimmung der anderen angewiesen. Mich hat eben ein Leben lang auch die Minderheitserfahrung aus der DDR geprägt.«

Die Zeit an diesem Nachmittag vergeht zu schnell. Klimawandel, EU-Osterweiterung, die aktuellen Kriege und Krisen. Wie geht man als Politiker mit dieser Menge an Informationen um, die jeden Normalbürger zu erdrücken droht?

Ja, der Eindruck sei nicht ganz falsch, meint Thierse. »Politik ist in der Tat getrieben. Die rasanten Entwicklungen der letzten Jahre haben eine Beschleunigung bei Entscheidungen mit sich gebracht, die schwer zu ertragen und politisch kaum einzuordnen sind«, gesteht er ein. Gerade die Globalisierung als völlige Entgrenzung unserer Welt sei dafür ein treffendes Beispiel. Sie habe eine große Beschleunigung in der Arbeitswelt und der Finanzwelt zur Folge und entwickle eine geradezu gespenstische Dominanz der Finanzwelt. Dem gegenüber habe Politik gar nicht die Gestaltungskraft und den Raum, um überhaupt noch eingreifen zu können. »Es gibt eigentlich keine wirksame globale Politik und die UNO, die ja dafür gedacht war, ist so was von schwach und zerstritten!« Thierse findet deutliche Worte.

Wenn man dann die Flüchtlingsbewegung als eine Folge der Globalisierung beleuchte, erkenne man, dass es sagenhaft schwierig sei, das zu steuern, ohne dabei in Unmenschlichkeit zu verfallen. Dazu komme noch der zunehmende Rechtsextremismus, der religiöse Fundamentalismus und der sich verschärfende Gegensatz zwischen Arm und Reich. »Das ist eine solche Fülle von Problemen, die jeden normalen Menschen beeindrucken und ängstigen muss.«

Die Politik mit ihren Institutionen und Strategien komme einfach nicht in die Nähe der Reichweite dieser Entwicklung, sagt Thierse. Die Politik könne dieses Tempo auch nicht einschlagen. »Man sieht am Beispiel der Europäischen Union, wie schwierig es ist, wenn Entscheidungen getroffen werden, wie unsäglich langsam es geht, weil die Interessen so unterschiedlich sind.« Das Missverhältnis zwischen dem Tempo der Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und der Langsamkeit demokratisch-politischer Prozesse andererseits erzeuge Ungeduld, Misstrauen und Verachtung gegenüber der Demokratie. In dieser Situation befän-

den wir uns. »Wir sind mit der Demokratie in einer Übergangszeit, die voller politischer Krisen steckt.«

Dennein essei ja auch klar. Es gebe wirtschaftliche Fortschrittsmodelle auch ohne Demokratie, etwa in China. »Ein Land mit gigantischer Entwicklung, aber ohne Demokratie und Freiheitsrechte der Individuen.« Die »Attraktivität Chinas« sei ja auch eine Infragestellung des europäischen Modells. Das US-amerikanische Modell habe nach seiner Meinung ebenfalls keine vergleichbare Sozialstaatlichkeit wie Europa, wenngleich die USA ein freies Land sind. Thierses Fazit: »Unser Erfolgsmodell ist heute angefochten, und zwar durch innere Krisen und durch die Härte des globalen Wettbewerbs.«

Leider müsse er seinem Parteifreund, dem Protestanten Frank-Walter Steinmeier mit seiner Aussage, die Welt sei aus den Fugen geraten, zustimmen. »Eigentlich kann nur Gott uns helfen angesichts der Verwerfungen unserer Tage. Aber selbst wenn das so ist, dann heißt das auch, dass Gott den Menschen braucht.« Wer von Gott redet, der müsse auch davon sprechen, dass sich Menschen, die vor Gott stehen, für den Frieden, für den Ausgleich, für die Gerechtigkeit einsetzen. »Gott bleibt angewiesen auf den Menschen. Deshalb weiß jeder Christ, dass er verantwortlich ist und mit Leidenschaft handeln muss und dass er zugleich dafür betet, dass das, was ihm nicht gelingt, vielleicht doch noch gut ausgeht.« Denn die Relativität des eigenen Handelns dürfe nicht zu Resignation und Bequemlichkeit führen.

Auf einen Einwurf, die Politik habe sich aus Sicht vieler Bürger schon längst in die Arena der Talkshows verlagert, wird er noch einmal energisch.

Man müsse auf den Unterschied zwischen Politik und Show hinweisen und den Zuschauern sagen: »Das im Fernsehen ist Unterhaltung. Das ist nicht die Normalität. Ihr seid auch nicht politisch, indem ihr in euren Sesseln hockt und Bier trinkt und zuseht, wie die dort quatschen.« Da erscheine Politik auf einmal ganz leicht. »Die wirkliche Politik dagegen ist oft klein, grau und hässlich, schweißtreibend und enttäuschungsbehaftet.« Es gebe lediglich eine systematische Verzerrung der wirklichen Politik durch das Unterhaltungsmedium Fernsehen.

Inzwischen sei aber das Fernsehen nicht mehr das entscheidende Medium. Das Internet und die Sozialen Medien seien noch viel widersprüchlicher, dort seien Bedrohung, Verunglimpfung, die Verbreitung extremistischer Inhalte oder die Androhung von Gewalttaten an der Tagesordnung. Die Verletzbarkeit der Würde des Menschen durch die Sozialen Medien habe eine bislang nicht da gewesene Form erreicht. Sogenannte Hasspostings, die über die sozialen Netzwerke und das Internet verbreitet würden, nähmen stetig zu.

»Das Internet ist ein globaler Stammtisch. Früher konnte man in der Kneipe hocken und schwadronieren und auf die da oben schimpfen und sie niedermachen. Das war eine Art politischer Stuhlgang. Ein Ventil. Danach war der Frust jedoch erledigt.« Jetzt finde das alles im Internet statt mit unerhörten Verstärkereffekten. Die politische Kommunikation läuft seiner Beobachtung nach nun noch innerhalb von bestimmten Meinungsgruppen ab. »Man liest nicht mehr die Zeitung, in der man sich mit unterschiedlichen Meinungen konfrontiert sieht und auch Informationen erhält, die man gar nicht gewollt hat, sondern man ist unter sich und bestätigt sich wechselseitig.« Die Bestätigung der eigenen Meinung, die Reproduktion der eigenen Vorurteile, führe letztlich zu einer Radikalisierung.

Dies seien insgesamt gefährliche Entwicklungen, weil die Demokratie von der Informiertheit der Bürger lebt und von der Fähigkeit, sich an der politischen Kommunikation zu beteiligen – aber an einer Kommunikation, die verschiedene Positionen einbezieht, nicht nur die eigene. Thierse wünscht sich deshalb, dass die Demokraten – je jünger, je eifriger – im Internet dagegenhalten. Es müssten viele Einzelne widersprechen, ihre Positionen beziehen. Das halte er für sinnvoll, allerdings koste das viel Lebenszeit, die er nicht mehr habe.

»Je älter man wird, desto pfleglicher muss man mit seiner Lebenszeit umgehen. Ich werde sie nicht mehr dem Internet schenken, weil ich keine Lust habe, sie anonymen Menschen zu schenken.«

Wolfgang Thierse schaut auf ein reiches und erfülltes Leben zurück. Ein Leben in zwei Staaten, in denen er sich jeweils eine eigenständige Existenz aufgebaut hat. Wie bewertet er im Rückblick den eigenen Glauben, wollen wir von ihm wissen.

Thierse antwortet humorvoll. »Katholischer Christ bin ich, seit ich getauft bin, Sozialdemokrat wurde ich erst später. Die frühe Prägung hat ein Leben lang angehalten, in allen Anfechtungen und Zweifeln. Glauben heißt ja auch immer, mit den eigenen Zweifeln und Unsicherheiten und mit dem Ärger über die eigene Kirche zu leben. Ich sage immer: Katholisch zu sein heißt auch, mit dem Ärger zu leben. Das ist die Verwandtschaft zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie.« Der Glaube sei ein tragendes Element seines Lebens geworden und geblieben, sagt Thierse. »Ich erkläre das immer biografisch. Ich bin aufgewachsen mit Minderheitserfahrungen, als Schlesier in Thüringen, als katholischer Christ unter evangelischen Christen, als Christ unter lauter Nicht-

christen, als Nicht-SED-Mitglied unter lauter SED-Mitgliedern. Im Rückblick bilde ich mir ein, dass ich damit einigermaßen gut fertig geworden bin – den einfachen Lehrsatz meines Vaters im Kopf: *Wenn andere etwas tun, muss es noch lange nicht richtig sein. Du musst selbst herausfinden, was gut oder richtig ist, und es dann tun.* Mit dieser Richtschnur kann man gut leben. Dann ist man auch konfliktfähiger, gerade wenn man Niederlagen verkraften muss. Der christliche Glaube zeichnet sich dadurch aus, dass er den Menschen dazu befähigt, mit Scheitern und Irrtum fertig zu werden.«



FRIEDRICH OSTENDORFF

Friedrich Ostendorff, Jahrgang 1953, verheiratet, eine Tochter. Seit 1969 ist er Bauer mit einem eigenen Hof, der seit über 30 Jahren auf Ökowiirtschaft umgestellt ist. Seit 2002 sitzt er mit Unterbrechungen für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und engagiert sich für eine natürlliche Landwirtschaft und gegen Massentierhaltung. Seit 2011 ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

DAS GESPRÄCH

Friedrich Ostendorff ist ein echter Grüner aus Schrot und Korn. Er gehörte zu den ersten Bauern, die sich schon in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts für Ökologie einsetzten und dann konsequent »vordereigenen Haustüregekehr haben«. Der eigene Hof wurde ökologisch umgebaut, aber das reichte ihm nicht aus. Er begann, sich in verschiedenen »grünen« Organisationen zu engagieren und kam auf diesem Weg in die Politik. Dort beschäftigt er sich mit Grundsatzthemen wie Agrarsubventionen und Klimaschutz, aber auch mit so speziellen wie dem »Schnäbel kürzen von Hennen und Puten«.

Wir befragen den »grünen Bauern« zu seinen Werten und seinem christlichen Hintergrund und beginnen damit, wie er zur Präambel des Grundgesetzes steht.

Ostendorff findet diesen Passus des Grundgesetzes so vorzüglich formuliert, weil trotz der absolut richtigen und unstrittigen Säkularisierung ein gewisser Raum bleibe, um die Worte mit persönlicher Spiritualität zu füllen. Seine ganz persönliche Interpretation beinhaltet, dass er als gläubiger Mensch nicht nur der Gesellschaft verpflichtet sei und sein ethisches Grundverständnis vom Handeln und von den möglichen Konsequenzen seines Handelns über den kategorischen Imperativ weit hinausgehe. »Für mich gehört die Nächstenliebe beispielsweise zu einer der grundlegenden und gleichzeitig schwierigsten Aufgaben, mit der ich mich als Christ konfrontiert sehe. Bei der Liebe zum Nächsten geht es um mehr als nur darum, die Freiheit eines jeden Einzelnen zu akzeptieren, die Rechte und Pflichten in der Gesellschaft zu leben und die Werte der demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Sie bedeutet auch, sich immer wieder mit den eigenen Grenzen auseinanderzusetzen.«

Als engagierter Landwirt und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen legt Ostendorff einen besonderen Schwerpunkt auf eine, wie er es nennt, »schöpfungsorientierte Politik«. Wir wollen wissen, was man sich darunter konkret vorstellen muss – jenseits von »Veggie-Day« und grünen Spezialthemen.

In der Agrarpolitik ginge es letztlich um die Grundsätze des Menschseins: Unter welchen Bedingungen sollen unsere lebensspendenden Nahrungsmittel produziert werden? Wie gehen wir mit der Verantwortung über die endlichen Ressourcen unseres

Planeten um? Wie stark dürfen wir unsere Interessen über die anderer Mitgeschöpfe stellen? Dabei bestehe die Herausforderung auch oft darin, nicht nur die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern die eigenen Grenzen der Einflussmöglichkeit ebenfalls anzunehmen. Das erfordere schon ein gewisses Maß an Demut, eine gehörige Portion Geduld und den unerschütterlichen Glauben an die Werte und Ideen, die man selbst vertrete. Er sei froh, sagen zu können, dass ihm das Geduldigsein mittlerweile doch erheblich besser gelänge als in seinen jüngeren Jahren.

Als Bauern dagegen dürfen seine Frau und er auf ihrem Betrieb die Freiheit genießen, die Ideen einer schöpfungsorientierten, nachhaltigen und tierfreundlichen Landwirtschaft tagtäglich zu leben. Sie hätten schließlich schon vor mehr als 30 Jahren den Betrieb auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt. »Da galt man damals fast als geisteskrank!«, so Ostendorff. Der Umgang mit der Natur und den Tieren und die Dankbarkeit für das, was die Natur uns gibt, hätten ihn und seine Frau aber einfach sehr stark geprägt. »Alte Bauern sagten früher: *Wenn ich vor der Ernte über ein gereiftes Getreidefeld gehe, nehme ich meinen Hut ab. Solch ein Satz bewegt mich.*«

Spätestens nach dieser Aussage gewinnt man den Eindruck: Hier ist einer, der das, was er politisch umsetzen möchte, auch mit ganzer Überzeugung lebt. Doch Ostendorff ist nicht nur überzeugter Ökolandwirt, sondern auch überzeugter Christ. Er trifft sich mit anderen Parlamentariern regelmäßig im Gebetskreis, der für ihn eine große Rolle spielt.

Es sei schon richtig, die parlamentarischen Sitzungswochen verlangten ihm einiges ab. Sei es eigene Reden im Plenum, hitzige Debatten umeingebrachte Initiativen im Agrarausschuss, interne

Diskussionen zu weiteren Strategien der eigenen Arbeit oder Verpflichtungen bei Abendterminen und Interviews. Von morgens früh bis abends spät sei man unterwegs und komme kaum zur Ruhe.

Einerseits ginge es darum, eigene Vorstellungen und Ideen zu präsentieren und für Mehrheiten zu werben; andererseits gelte es aber auch, schnell und dennoch angemessen auf aktuelle Impulse zu reagieren. »Ich habe nun schon einige Jahre im Politikzirkus auf dem Buckel und bin mit den Gegebenheiten im Bundestag, mit der Art und Weise, wie Argumente ausgetauscht werden, gut vertraut. Dennoch oder gerade deswegen genieße ich es sehr, beim Gebetsfrühstück offen und vertraulich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen auf eine ganz andere Art zu sprechen. Es erdet mich, am frühen Morgen über Themen wie Vergebung zu sprechen oder über Schicksalsprüfungen, vor die das Leben einen manchmal stellt. Dort können wir Politiker in einem geschützten Rahmen auch einmal weniger hart sein und Schwächen zulassen.«

Wir reden mit Ostendorff über wertkonservative Themen wie den Erhalt der Schöpfung und fragen nach, wie er denn mit der Spannung umgeht, wenn es in anderen politischen Feldern bei den Grünen sehr progressiv zugeht, etwa wenn es um die deutlichere Trennung von Kirche und Staat geht. Denn wir sähen schon Tendenzen grüner Politik, die dem christlichen Glauben nicht gerade positiv gegenüberstünden.

Ostendorff lacht. »Der Begriff *Spannung* impliziert einen tendenziell negativen Zustand, der sich irgendwann entladen muss. Grüne Politik würde ich nicht grundsätzlich so sehen. Für mich bedeutet die angesprochene Bandbreite die Fähigkeit, sich inhaltlich sorgfältig mit den aktuellen Herausforderungen Deutschlands, Euro-

pas und der Menschheit auseinanderzusetzen und Lösungen zu suchen, ohnedabei vor Neuerungen zurückzusehen. Das regelmäßige Hinterfragen eigener Standpunkte und diese gegebenenfalls auch anzupassen, das ist für mich verantwortungsvolle und glaubwürdige Politik und zeichnet meine Partei aus. Und als Basis für alle Entscheidungen und Programme dient die grundsätzliche grüne Haltung: die unumstößliche Wahrung des Geistes der Menschlichkeit, der Menschenrechte und der Menschenwürde für jetzt und für zukünftige Generationen. Hier sind auch Schnittmengen zwischen einem christlichen und eher humanistischen Ansatz zu finden.«

Politiker sein bedeutet, Verantwortung für das gute Miteinander in der Gesellschaft zu übernehmen. Wir wollen von ihm wissen, wie das für ihn konkret aussieht, versteht doch jeder etwas anderes darunter.

Ob das Zusammenleben gelingt und mehr ist als ein zähneknirschendes Nebeneinanderher, zeige sich vor allem im Umgang mit Spannungen und Konflikten. Glücklicherweise sei er seiner Sturm-und-Drang-Zeit entwachsen und durchaus bereit, andere Meinungen anzuhören und zu überdenken. Das sei in seiner politischen Heimat nicht selbstverständlich, bekennerschnurstrahlend. In der Agrarpolitik z. B. seien die ideologischen Lager sehr stark voneinander abgegrenzt, es würde immer mit sehr harten Bandagen argumentiert und Vorschläge des politischen Gegenübers kategorisch abgelehnt. Nicht, weil die Inhalte nicht zielführend seien, sondern weil sie eben von den Grünen kämen. Das störe ihn dann schon.

Ostendorff erzählt uns dazu ein Beispiel aus dem Alltag eines grünen Politikers und Landwirts. Er habe in seinem Wahlkreis

eine Gruppe von Schweinehaltern zusammengeführt, in der sie sich untereinander austauschen. Es seien ganz unterschiedliche Betriebsvertreter: konventionelle, ökologische, große und kleine. Man träfe sich, besuche gegenseitig die Betriebe und diskutiere über die Zukunft der Tierhaltung. Dabei würden Argumente oftmals recht heftig ausgetauscht. Doch immerginge es um die Sache selbst und der Respekt vor den anderen blieb bewahrt. Man kenne sich und habe auch ein gewisses Grundvertrauen aufgebaut. »Diese Treffen sind mir sehr wichtig, denn ich bin überzeugt, dass die Bäuerinnen und Bauern gemeinsam sehr viel mehr erreichen können, als wenn sie gegeneinander arbeiten.«

Wir wechseln das Parkett und befragen den Grünen zum Islam. Wie er die Gefahr eines drohenden Islamismus einschätze?

Erst einmal stelle eine Religion für ihn keine Gefahr dar. Mit der Frage nach der Auslegung von Religion, wo der Glaube anfängt und wo er aufhört, könne allerdings Missbrauch betrieben werden. Wenn Menschen sich aber mit ihrer Glaubensausrichtung über andere stellten, weil sie ihre eigene Ansicht für die einzig wahre halten, dann werde es schon gefährlich. Religiösen Fanatismus lehne er in jedem Fall ab, denn das habe mehr etwas mit kriminellem Ehrgeiz als mit Gläubigkeit zu tun. »Ich sehe eine Gefahr, wenn sich Menschen wissentlich nicht an das Grundgesetz halten und nicht die Werte teilen, die wir uns erstritten haben. An diesem Punkt muss ein Staat seine Stärke zeigen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, individuelle Freiheit, das sind für mich Werte, die nicht verhandelbar sind. Dafür muss man einstehen ganz im Sinne von Carlo Schmid, einem der Väter des Grundgesetzes: *Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber*

denen aufbringen, die die Demokratie dazu gebrauchen wollen, um sie umzubringen.»

Im Blick auf die praktischen Konsequenzen dieser Einstellung seien die Folgen daraus eigentlich einfach. Es gelte das Grundgesetz und die darin festgeschriebene Religionsfreiheit. Das sei schließlich unsere Basis, die kompromisslos gelte. »Dadurch ist die persönliche Freiheit des Einzelnen geregelt, das ist schon sehr viel und ein nicht zu unterschätzender Wert. Dennoch muss ich ergänzen, dass meine Wunschvorstellung vom Zusammenleben etwas weiter geht. Denn es ist das eine, friedvoll in einer Gesellschaft zu leben und Andersdenkende und Andersglaubende zu akzeptieren. Dennoch wäre es doch wünschenswert, wenn aus einem friedvollen Nebeneinander ein heiteres Miteinander entstehen könnte. Nichts schützt besser vor Intoleranz und Hass und schafft nachhaltiger Respekt und Verständnis als gemeinsame Erfahrungen, Diskussionen und Einblicke in andere Lebensentwürfe. Letzten Endes eint uns doch unendlich viel mehr, als uns trennt.

Der Politiker und Bauer Ostendorff zieht aus all dem ein klares und eindeutiges Bekenntnis.

»Wissen Sie, ich bin ein gläubiger Christ. Dieses Bekenntnis lege ich nicht ab, dazu stehe ich. Sowohl wenn ich den Bundestag betrete als auch wenn ich unseren Hof bewirtschafte und mit der Natur und den Tieren umgehe. Mein Glaube bestärkt mich bei meiner Arbeit, wenn ich beispielsweise für einen besseren Umgang mit unseren Mitgeschöpfen kämpfe. Denn ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir den Tieren, die uns als wertvolle Lebensmittel dienen, einen respektvollen Umgang schuldig sind. Es ist widernatürlich, Tiere in enge Ställe zu sperren, sie ihrer eigenen Lebensfreude zu berauben und dann ihr Fleisch oder die Milch

zu Dumpingpreisen zu verramschen. Die Wertschätzung von Lebensmitteln ist für mich ein drängendes Anliegen, das sehr viel mit dem Verständnis vom Bewahren der Schöpfung zu tun hat.«

Zum Schluss erinnert er uns an ein altes Wahlplakat der Grünen, auf dem zu lesen war: »Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.« Dies sei immer noch aktuell, für ihn als verantwortungsbewussten Landwirt und als Christ.